

Stand: August 2024

Datenschutzfolgenabschätzungen – Listen gemäß Art. 35 Absatz 4 und 5 DSGVO

Die Erforderlichkeit und die Anforderungen an eine Datenschutzfolgenabschätzung sind in Art. 35 DSGVO geregelt. Die Datenschutzfolgenabschätzung hat die Funktion eines Frühwarnsystems, da sie vor einer beabsichtigten Datenverarbeitung die damit einhergehenden Risiken betrachten und geeignete Maßnahmen zur Eindämmung der Risiken aufzeigen soll.

Wann eine Datenschutzfolgenabschätzung grundsätzlich durchzuführen ist, wird in Art. 35 Absatz 3 DSGVO gesetzlich definiert. Danach ist in diesen Fällen stets eine Datenschutzfolgenabschätzung vorzunehmen:

- systematische und umfassende Bewertung persönlicher Aspekte natürlicher Personen, die sich auf automatisierte Verarbeitung einschließlich Profiling gründet und die ihrerseits als Grundlage für Entscheidungen dient, die Rechtswirkung gegenüber natürlichen Personen entfalten oder diese in ähnlich erheblicher Weise beeinträchtigen;
- umfangreiche Verarbeitung besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten gemäß Artikel 9 Absatz 1 oder von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten gemäß Artikel 10 oder
- systematische umfangreiche Überwachung öffentlich zugänglicher Bereiche.

Neben diesen Fällen sieht Art. 35 Absatz 4 DSGVO vor, dass die zuständigen Aufsichtsbehörden eine Liste der Verarbeitungsvorgänge erstellt (sogenannte Blacklist), für die ebenfalls eine Datenschutzfolgenabschätzung vom Verantwortlichen vorzunehmen ist. Die Liste orientiert sich an den Vorgaben des Art. 35 Absatz 1 DSGVO (Art, Umfang, Umstände und Zwecke der Verarbeitung haben voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge) und ist zu veröffentlichen sowie dem Europäischen Datenschutzausschuss vorzulegen. Optional könne die zuständigen Aufsichtsbehörden auch eine weitere Liste gemäß Art. 35 Absatz 5 DSGVO erstellen, nach der keine Datenschutzfolgenabschätzung vorzunehmen ist (sogenannte Whitelist).

Die in der Rundfunkdatenschutzkonferenz zusammengeschlossenen Aufsichtsbehörden über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seine (kommerziellen) Tochterunternehmen sind sich einig, dass ein Bedarf an einer gesonderten, nur für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geltenden Listen gemäß Art. 35 Absatz 4 und 5 DSGVO derzeit nicht besteht. Grund hierfür ist, dass die Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder (DSK) eine gemeinsame Liste für Datenverarbeitungen im nicht-öffentlichen Bereich nach Artikel 35 Absatz 4 DSGVO verabschiedet hat, für die eine Datenschutzfolgenabschätzung erstellt werden muss. Die unter https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Muster/Liste_VerarbeitungsvorgaengeDSK.pdf?__blob=publicationFile&v=7 abrufbare Liste erfasst solche Verarbeitungstätigkeiten, die regelmäßig in den Rundfunkanstalten und ihren Tochterunternehmen vorgenommen werden. Die Mitglieder der Rundfunkdatenschutzkonferenz haben daher beschlossen, diese Liste für den jeweiligen beaufsichtigten Zuständigkeitsbereich anzuwenden. Auch im Sinne der vom Gesetzgeber intendierten Harmonisierung der Auslegung und Anwendung datenschutzrechtlicher Vorgaben konnte von der Erstellung gesonderter Listen abgesehen werden. Soweit zur Erfüllung des Auftrags des öffentlich-

rechtlichen Rundfunks Bereichsausnahmen von datenschutzrechtlichen Regelungen erforderlich sind (sogenanntes Medienprivileg), gelten die in Art. 85 DSGVO genannten Ausnahmen in der Ausformung des nationalen Rechts.